



## Sitzungsvorlage

B 2022/230/5373/2  
öffentliche Sitzungsvorlage

### Federführung

Bürgermeisterin

Auskunft erteilt

Telefon

E-Mail

Frau Karin Rodeheger

02522 / 72-211

karin.rodeheger@oelde.de

### Initiative zur Schaffung von sozialem Wohnraum in Oelde

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Rat	Entscheidung	19.12.2022

### Beschlussvorschlag

Unter Bezugnahme auf die am 05.12.2022 im Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung unter TOP 4 mehrheitlich gefasste Beschlussfassung (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG vom 25.11.2022) beschließt der Rat:

Der Beschlussteil zu B (Erweiterung des Angebotes im sozialen Wohnungsbau) wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung verwiesen.

Der Beschlussteil zu C (Standortentscheidung Kita Langstrümpfe) wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung und an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

## Sachverhalt

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung hat den vorbezeichneten Antrag mehrheitlich in folgender Modifikation beschlossen:

- Für die Erweiterung des Angebots im sozialen Wohnungsbau (Antragsteil B) werden Planungskosten i. H. v. 100.000 € mit dem Sperrvermerk „Freigabe der Mittel durch den Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung“ im Haushalt 2023 eingestellt.
- Für die Planung eines Ersatzstandortes für die Kita „Die Langstrümpfe“ (Antragsteil C) werden Planungskosten i. H. v. 50.000 € mit dem Sperrvermerk „Freigabe nach politischer Standortentscheidung“ im Haushalt 2023 eingestellt.
- Im Übrigen soll die inhaltliche Beratung der Teile B) und C) des gemeinsamen Antrages der SPD-, FWG-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen werden.

Die haushaltsrechtlichen Auswirkungen zu den Antragsteilen B und C sind durch Aufnahme von Planungskosten für entsprechende Maßnahmen „Sozialer Wohnungsbau“ und „Kitaplanung“ ohne bindende Vorwegfestlegung hinsichtlich Standort und kommunaler Bauträgerschaft als Haushaltsermächtigung im Finanzplan 2023 aufgenommen worden und in der in gleicher Ratssitzung unter TOP 6.2 zu beschließenden Haushaltssatzung 2023 nebst anliegendem Haushaltsplan eingearbeitet.

Mit dieser Beschlussfassung ist noch über die Verweisung der übrigen modifizierten Antragsbestandteile an den Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung und ergänzend hinsichtlich der Kitastandortfindung an den Jugendhilfeausschuss zu beschließen.

Die im Antragsteil A dargelegten Fragestellungen und Prüfaufträge sollen durch die Verwaltung soweit möglich bis Ende April 2023 abgearbeitet sein.

## Anlagen

Anlage 1 - Antrag der SPD-, FWG-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen